



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

16. März 2012

Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

### Der Reichtum, den die Arbeitenden nicht sehen sollen

„Keine Sorge, die Beschäftigten von Schlecker finden schnell einen neuen Job.“ Man muss wirklich von der Leyen heißen und CDU-„Arbeits“ministerin sein, um den Arbeiterinnen von Schlecker solche weltfremden und höhnischen Bemerkungen ins Gesicht zu schleudern.

Über 12.000 von ihnen verlieren auf einen Schlag, nach teilweise 20 oder 25 Jahren im Betrieb, ihre Arbeit. Und sie wissen genau, was das bedeutet: Viele, erst recht die Älteren, haben kaum eine Chance auf einen neuen Job, mit dem sie auch tatsächlich ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Sie alle erwartet Arbeitsamt, Maßnahmen... oder einer der vielen Mini-, Teilzeit- oder Niedriglohnjobs – zumal in einer Branche, die darin Spitzenreiter ist. Und was die 13.000 verbleibenden Beschäftigten bei Schlecker betrifft, so wissen auch sie nicht, ob einen Teil von ihnen nicht bald dasselbe Schicksal ereilt.

Ihren Schock, aber auch ihre Wut drückten sie auf den Protestveranstaltungen aus, die an vielen Orten gegen die Massenentlassungen stattfanden. Wut darüber, dass sie „Anton Schlecker zum Milliardär gemacht haben und er sich jetzt vom Acker macht“.

Ja, nachdem die Familie Schlecker jahrelang durch die Arbeit der Schlecker-Frauen Geld gescheffelt hat, ist sie nun einfach von der Bildfläche verschwunden. „Wir können nichts mehr tun. Wir haben kein Geld mehr“, behauptet sie.

Doch wieso sollten die Arbeiterinnen Anton Schlecker und seiner Familie das glauben? Einem Unternehmer, der sie all die Jahre systematisch betrogen und belogen hat. Dessen Name in der ganzen Republik zum Symbol für Verachtung und Ausbeutung seiner Beschäftigten geworden ist. In dessen Filialen oft ein Klima von Überwachung und Angst

herrscht und ein Krankenschein zur Abmahnung oder Kündigung führen konnte. Der seine Beschäftigten immer wieder um Lohn betrogen hat.



Quelle: www.swp.de

All seine Machenschaften drangen nur an die Öffentlichkeit, weil es bei Schlecker immer wieder Arbeiterinnen gab, die nicht alles hinnahmen, sondern sich gemeinsam wehrten. Sie erreichten, dass Schlecker 1998 wegen Lohnbetrugs in großem Stil verurteilt wurde. Und sie verhinderten 2010 ein Lohndumping in riesigem Ausmaß: Schlecker hatte versucht, seinen Beschäftigten zu kündigen und sie alle über eine Leihfirma zu deutlich schlechteren Löhnen wieder einzustellen.

Und so gibt es genügend Gründe, die Aussagen der Familie Schlecker auch heute nicht einfach hinzunehmen. Ihr nicht zu trauen, wenn sie behauptet, dass sie „nichts mehr hat“. Zu Recht stellen sich viele die Frage: Wo sind die mindestens 2-3 Milliarden Euro Privatvermögen hin, mit denen Vater Schlecker im letzten Jahr zu den 100 reichsten Deutschen zählte? Und wie viel Vermögen hat die Familie wohl über Jahre beiseite geschafft, auf Nummernkonten, mit anderen Namen, über all die vielen Wege, die Unternehmer so gut kennen, um ihr Geld nach Belieben „verschwinden“ zu lassen?

Die Wahrheit werden die Arbeiterinnen wohl nie erfahren. Denn sie, die im Gegensatz zur Familie Schlecker die

Insolvenz mit dem Verlust ihrer Existenz bezahlen, hatten und haben keine Möglichkeit zu kontrollieren, was Schlecker mit all dem Geld gemacht hat, das sie durch ihre Arbeit erwirtschaftet haben.

Wie in allen Firmen werden diese Informationen mit Hilfe des „Geschäftsgeheimnisses“ und des „Bankgeheimnisses“ vor den Arbeitenden versteckt. Nicht ohne Grund. Denn wenn sich die Arbeitenden das Recht nehmen würden, systematisch die Einnahmen, Ausgaben und Geldverschiebungen der Firma zu kontrollieren und ebenso die privaten Vermögen aller Kapitalisten, die an der Firma verdienen, dann könnten die Kapitalisten viele ihrer Angriffe nicht mehr so einfach durchsetzen.

Dann nämlich wüssten die Arbeiter, bei welchen Anteilseignern, Grundstückseigentümern, Banken sie das Geld zurückholen könnten, wenn die Firma selber angeblich kein Geld mehr hat. Dann würden sie sehen, dass es fast nie nötig ist zu entlassen, Löhne zu senken oder Leiharbeit auszuweiten. Dass es fast immer eine Wahl gibt, eine Entscheidung entweder zugunsten der Kapitalisten und ihrer Profite oder zugunsten der Arbeitsplätze, der Löhne, der Gesellschaft.

Heute liegt diese Entscheidung einzig in den Händen der Unternehmer. Sie entscheiden ganz alleine darüber, was sie mit den Gewinnen machen, welche Geschäftsideen sie verfolgen, welche weiteren Firmen oder Aktien sie kaufen, auf wessen Konten sie den Reichtum schaffen. Wie Diktatoren entscheiden sie so über das Schicksal der Firmen und damit auch über das Leben der Arbeitenden. Und ihre einzige Richtschnur bei diesen Entscheidungen ist der Profit.

Dieses diktatorische Recht, diese Allmacht der Kapitalisten werden die Arbeitenden brechen müssen, um ihr Recht auf Leben zu verteidigen.

## Ein Machtmittel in den Händen der Arbeiter

Ganz offensichtlich können die Kapitalisten es nicht ertragen, wenn wir streiken. Sobald es nicht mehr bei kurzen Warnstreiks bleibt, versuchen sie alles, um den Arbeitenden Knüppel zwischen die Beine zu werfen – so wie am Frankfurter Flughafen. Als die rund 200 Vorfeldarbeiter ihre Streiks für deutlich höhere Löhne nicht wie gewohnt nach 1 oder 2 Tagen beendeten und dann noch 2000 Fluglotsen zu ihrer Unterstützung ebenfalls 6 Stunden streiken wollten, hat der Arbeitgeber Fraport das Gericht eingeschaltet. Die Richter haben sich auf die Seite des Unternehmers Fraport gestellt: Sie haben den Streik der Vorfeldarbeiter mit dem Argument verboten, er sei „illegal“, und den Solidaritätsstreik der Fluglotsen mit der Begründung, er sei „unverhältnismäßig“.

Nach ihren Gesetzen ist es natürlich nicht illegal, wenn Unternehmen (wie übrigens auch Fraport in manchen Bereichen) Beschäftigte für 5 Euro die Stunde arbeiten lassen oder trotz Milliardengewinnen tausende Arbeiter entlassen. Dieselben Gerichte halten es auch nicht für unverhältnismäßig, wenn Wulff für nicht einmal 2 Jahre als Bundespräsident 200.000 Euro Rente im Jahr erhält, oder wenn die Banken den Staat um hunderte Milliarden an Rettungsgel-

dern erpressen.

Uns kann der Zorn der Bosse vor allem daran erinnern, welche potenzielle Macht die Arbeitenden in den Händen halten; ein Machtmittel, das vielen von uns gar nicht mehr bewusst ist: Weil die Arbeitenden diejenigen sind, die alles in der Gesellschaft am Laufen halten, die alles produzieren, sind sie auch diejenigen, die alles anhalten können – und damit die Herrschenden unter Druck setzen.

Wir haben gesehen, wie spürbar es sein kann, wenn gerade einmal 200 Arbeitende einige Tage lang streiken. Oder wenn wie vergangene Woche über hunderttausend Arbeitende aus dem Öffentlichen Dienst, Busfahrer, Müllwerker und Kindergärtnerinnen nur einen Tag ihre Arbeit niederlegen.

Derzeit sind die Streiks sehr begrenzt und voneinander getrennt. Für die gleiche Forderung von 6,5% mehr Lohn zum Beispiel beginnen die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie einen Monat später, in der Chemie wieder zwei Monate später. Doch wir können uns vorstellen, welche Kraft und Macht die Arbeitenden entwickeln könnten, wenn wir über Berufe und Branchen hinweg gleichzeitig und gemeinsam streiken und

kämpfen würden. Wenn Fabriken und Bahnen, Kaufhäuser und LKWs tagelang still stehen und hunderttausende oder Millionen Arbeitende auf der Straße sind, dann ist es möglich, die langjährige Offensive der Kapitalisten und der Regierung aufzuhalten, den Spieß umzudrehen und endlich wieder Interessen der Arbeitenden durchzusetzen.

Dafür braucht die arbeitende Bevölkerung gemeinsame Forderungen, Forderungen, die für alle Arbeitenden mit und ohne Arbeitsplatz zentral sind, die die gesamte Arbeiterklasse vereinen können. Und das, was wir alle dringend brauchen, sind zum einen deutlich höhere Löhne, die außerdem automatisch bei jeder Preissteigerung mitsteigen; und zum anderen vernünftige Arbeitsplätze für alle, durch das Verbot aller Massenentlassungen in den privaten Betrieben und die massenhafte Schaffung von festen Vollzeitarbeitsplätzen überall dort, wo sie im Öffentlichen Dienst nötig sind.

Und an dem Tag, an dem sich die Arbeiterklasse dazu entschließt, wie in früheren Zeiten mit ihrem Machtmittel, dem Massenstreik, für ihre gemeinsamen Forderungen zu kämpfen, werden auch keine Drohungen der Unternehmer, kein Gesetz und kein Streikverbot sie aufhalten können.



Quelle: www.oxfam.de

## Der Durst des Kapitalismus

Es ist kaum vorstellbar: Jedes Jahr müssen 3,5 Millionen Menschen sterben, weil ihnen das Trinkwasser fehlt. Denn fast eine Milliarde Menschen auf der Welt haben keinerlei Zugang zu sauberem Wasser. Sie haben weder Kanalisation noch saubere Brunnen. Sie müssen verseuchtes Flusswasser trinken oder versuchen, für teures Geld einen Kanister Wasser zu kaufen.

Dabei könnte man allein schon mit dem Geld, das in den Irakkrieg gesteckt wurde, Kläranlagen für alle Menschen auf der Welt bauen. Und auch tech-

nisch wäre es ein Kinderspiel! Selbst vor 150 Jahren konnte man schon halb Europa innerhalb kurzer Zeit komplett mit Kanalisationen ausrüsten. Die sich entwickelnde Industrie dort brauchte sie nämlich.

Die Wirtschaft des Kapitalismus bringt aber eben nur dann mal etwas Positives für die Menschen zustande, wenn es auch den Unternehmen und Kapitalisten nutzt. Und deshalb lässt sie die Menschen in großen Teilen Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens weiter am ausgestreckten Arm verdursten.

## Neue Wahlen... für die alte Politik

Tja – nun gibt es Neuwahlen in NRW, nach zwei Jahren Minderheitsregierung von SPD und Grünen. Zwei Jahre lang haben diese regiert, in dem sie sich für jedes ihrer Gesetze abwechselnd die Unterstützung der CDU, der FDP oder der Linken geholt haben.

Ihren Haushalt haben SPD und Grüne im letzten Jahr mit Hilfe der Linken verabschiedet. Für die Haushalte 2012 und 2013 aber wollten sie nicht auf die Stimmen der Linken angewiesen sein und haben deren Angebot abgelehnt. Denn SPD und Grüne planen deutliche Sparmaßnahmen, allein in diesem Jahr von 750 Millionen Euro und nicht zuletzt bei den Beschäftigten. Und für solche Maßnahmen war ihnen Die Linke zu unsicher.

Deshalb haben sie lieber die Unterstützung der FDP gesucht, die ihnen für einen Sparkurs gegen die einfache Bevölkerung offensichtlich geeigneter

schien. Doch im letzten Moment ist dieses Pokerspiel geplatzt... und nun haben wir Neuwahlen.

Allerdings: Viel „Neues“ steht bei der künftigen Landesregierung nicht zur Wahl. Ohnehin ist deren Spielraum begrenzt. Denn die wesentlichen Entscheidungen darüber, wie viel Geld den Ländern und Städten wofür zu Verfügung steht, werden von der Bundesregierung getroffen. Doch auch innerhalb dieses Spielraums ist die Marschroute bereits klar.

Da ist die CDU, die ihren Wahlkampf schon begonnen hat mit der klaren Ansage: „Wir werden einen harten Sparkurs fahren.“ Wenn es nach ihr geht, werden bereits im kommenden Jahr 12.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst von NRW vernichtet und die Gebühren für das 3. Kindergartenjahr wieder eingeführt, ebenso die Studiengebühren.

Und da ist die bisherige SPD-Grünen-Regierung, die mit ihrem bewussten Schwenk von der Linken zur FDP auch schon gezeigt haben, wo es mit ihnen hingehet: Wenn auch nicht so offen und massiv wie die CDU, wollen auch sie im Namen der „Schuldenbremse“ bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der gesamten arbeitenden Bevölkerung sparen.

So mögen die Wahlen im Mai zwar „Neu“wahlen heißen. Doch zur Wahl steht wieder nur die gleiche alte Politik: Eine Politik, die immer und immer mehr bei der arbeitenden Bevölkerung spart, die in Krankenhäusern, Altenheimen, Schwimmbädern kürzt und immer sagt, es gehe nicht anders... während gleichzeitig gigantische Summen an öffentlichen Geldern in den Taschen der Banken und Konzerne verschwinden.

Eine neue Politik, im Interesse der einfachen Bevölkerung, werden die Arbeitenden auf anderen Wegen einfordern müssen.

## Zwischen gestern und heute

Dass Gauck der neue Bundespräsident wird, steht wohl fest. Einzig Die Linke hat eine Gegenkandidatin aufgestellt: Beate Klarsfeld. Klarsfeld wurde berühmt, als sie 1968 vor aller Welt Bundeskanzler Kiesinger ohrfeigte. Mit dieser Geste wollte sie das Schweigen darüber brechen, dass seit 1945 immer noch ehemalige aktive Nazis zahlreiche Führungsposten im deutschen Staat, in der Armee und Wirtschaft innehatten, und einer eben auch Bundeskanzler war. Später verfolgte und enttarnte sie ehemalige Nazi-Größen wie Klaus Barbie, die unbehelligt im Ausland lebten.

Offensichtlich haben sich ihre Ansichten im Laufe der Jahre aber zum Schlechten verändert. So sehr, dass ihre erste Äußerung als Präsidentschaftskandidatin darin bestand, den französischen Präsidenten Sarkozy zu unterstützen: Einen Mann, der für seine Polizisten eine „Quotenjagd“ auf illegale Ausländer eingeführt hat und Kinder in die Krisengebiete Afrikas abschieben lässt. Der bis nach Deutschland für seine verachtende Aussage berühmt geworden ist, dass er die Vorstädte mit dem Hochdruckreini-



Quelle: www.spiegel.de

**1968: Beate Klarsfeld enttarnt Bundeskanzler Kiesinger im Bundestag als alten Nazi-Funktionär**

ger von ihrem „Gesocks“, sprich von den Arbeitern, Armen und Migranten reinigen wolle.

Und es ist besonders schade, dass Die Linke Beate Klarsfeld mit der Nominierung zur Präsidentschaftskandidatin die Gelegenheit gegeben hat, ihre moralische Autorität einer solchen extrem rechten, arbeiter-, armen- und menschenfeindlichen Politik zu geben.

### Mehr Frauen... gegen die Chefetagen

Während sich Millionen Frauen in Deutschland mit Niedriglöhnen, Mini- und Teilzeitjobs, Mini-Renten oder alleinerziehend mit HartzIV herumschlagen, gab es am Internationalen Frauentag nur ein Thema: Von Unternehmensvertretern bis hin zur SPD, alle bejammerten ausschließlich die Ungerechtigkeit, dass viel zu wenig Frauen... in den Chefetagen der Konzerne säßen. Als wäre es ein Fortschritt, wenn mehr Frauen Entlassungswellen durchführen, Minijobs einführen oder Löhne senken! Nein, dass mehr Frauen die schmutzigen Geschäfte der Kapitalisten erledigen, ist kein Fortschritt, weder für die Frauen noch für die Gesellschaft. Was es hierfür braucht, sind im Gegenteil mehr Frauen – und Männer – die gegen den Kapitalismus und für eine Gesellschaft kämpfen, in der kein Mensch mehr ausgebeutet, unterdrückt und erniedrigt wird. Und dies war auch der eigentliche Sinn des Internationalen Frauentags, der vor über 100 Jahren von den Organisationen der Arbeiterbewegung als weltweiter Kampftag ins Leben gerufen wurde.

## Warnstreiks im Öffentlichen Dienst: „Jetzt sind wir dran“



Anfang März haben insgesamt 130.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes an massiven Warnstreiks teilgenommen. Allein im Ruhrgebiet legten am 7. März Zehntausende einen Tag lang ihre Arbeit nieder: Busfahrer, Müllwerker, Angestellte aus Jobcentern und Rathäusern, Alten- und Krankenpfleger, Erzieherinnen, Sparkassenmitarbeiter...

Sie alle haben es satt, dass sie seit Jahren mit winzigen Lohnerhöhungen oder gar Nullrunden abgespeist werden. Und zwar immer mit demselben Argument: „Die Städte haben kein Geld. Wenn ihr mehr Lohn wollt, müssen wir an anderer Stelle Arbeitsplätze einsparen.“

Doch die Arbeitenden haben keine Lust, sich damit länger erpressen zu lassen. Erstens haben sie zu Genüge erlebt, dass ihr Verzicht auf Lohnerhöhungen überhaupt nichts gebracht hat: Im Öffentlichen

Dienst wurden trotzdem hunderttausende Stellen gestrichen. Seit 1991 wurde die Zahl der Vollzeitstellen fast halbiert. Zweitens durften sie erleben, wie dieselben „leeren“ Kassen über 200 Milliarden Euro an die Banken verschenkt haben.

Und drittens – und das ist wohl das Wichtigste – können sie es sich einfach nicht leisten, weiter zu verzichten. Denn die Rechnungen und Preise steigen, Jahr für Jahr, mittlerweile Monat für Monat. Die üblichen 1-2% Lohnerhöhung würden doch alleine schon von den gestiegenen Spritkosten der letzten Monate aufgefressen. Die geforderten 6,5% und mindestens 200 Euro mehr für alle sind das Mindeste, was sie brauchen.

Die Warnstreiks im Öffentlichen Dienst sind damit auch im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Sie schlagen eine Bresche für die Forderung nach mindestens 200 Euro mehr Lohn für alle. Dies wäre nicht einmal eine Lohnerhöhung. Damit würden wir uns nur ein Stück weit die Kaufkraft zurückholen, die die meisten von uns in den letzten Jahren verloren haben.

## Bis ans Lebensende

Da muss sich Wulff jetzt im Kloster von den Strapazen erholen! Ja, das muss auch wirklich anstrengend gewesen sein, so konsequent und stur auf Nichts zu verzichten. Noch wochenlang, nachdem seine Betrügereien und die Geschenke von Unternehmern bekannt wurden, hat er sich an sein Amt als Bundespräsident geklammert. Dann hat er auf den 200.000 Euro „Ehrensold“ bestanden – obwohl er sie gewiss nicht braucht, wo er doch wahrlich nicht arm ist. Nicht mal auf den symbolischen Abschied in „Ehren“, den großen Zapfenstreich, wollte er verzichten. Ganz verständnislos hat er die Demonstranten betrachtet, die über so viel Arroganz und Selbstherrlichkeit empört waren.

Was hier aufeinander prallen, sind wirklich zwei Welten. In der Welt, in der Wulff lebt, der Welt der Reichen und Schönen, hat er tatsächlich nichts

Schlimmes gemacht. Denn diese Leute sind daran gewöhnt, dass das Gesetz für sie nicht gilt. Dass die Welt ihnen gehört und sie tun und lassen können, was sie wollen, weil sie sowieso jeden kaufen oder einschüchtern können. Sie fühlen sich so sicher und unberührbar, dass sie manchmal sogar die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen vergessen und sogar ihre Drohungen an Journalisten von der Mailbox aufzeichnen lassen!

Wulff ist über diesen selbstherrlichen Leichtsinns seiner Klasse gestolpert. Doch keine Sorge, in diesen Kreisen fällt man weich. Er fiel direkt in den behüteten Schoß der Mutter Kirche, in deren Kloster er nun überwintern kann, bis sich die Wogen geglättet haben. Anschließend kann er dann in Ruhe seinen Ehrensold genießen – bis ans Lebensende.

## Milliardäre im Wachstum

Mitten in der weltweiten Krise gibt es eine Gruppe, die in der Krise prächtig gedeiht: die Milliardäre dieser Welt. Noch nie gab es so viele Milliardäre wie in diesem Jahr – 1226 weltweit, darunter die Aldi-Brüder, die Besitzer vom Otto-Versand, die Großaktionäre von BMW und rund 50 weitere Deutsche.

Während die Krise auf der ganzen Welt immer mehr Arbeiter in Arbeitslosigkeit und Armut schleudert, während von USA bis Griechenland die Zahl der Obdachlosen explodiert, während überschuldete Städte und verarmte Länder ihre Schulen und Krankenhäuser schließen, schaffen es die Reichsten, selbst in der Krise noch reicher zu werden. Das eine ist der Grund für das andere!

## Die Unberührbaren

Im Zusammenhang mit dem Prozess um die Loveparade ist nun heraus gekommen, dass der Veranstalter Rainer Schaller – der Unternehmer und Betreiber der großen Fitnesskette McFit – am Tag nach dem Unglück eine ganze Pressekampagne bezahlt hat, um die Schuld von sich abzulenken und einzig auf die öffentlichen Stellen, Verwaltung und Polizei zu lenken.

Mittlerweile ist offensichtlich, dass Schaller die größte Schuld an dem Unglück trägt. Aus reiner Geldgier hat er überall die grundlegendsten Sicherheitsmaßnahmen missachtet. Trotzdem steht er heute nicht vor Gericht, ebenso wenig wie Sauerland. Angeklagt werden wie so oft nur die Kleineren, 4 Angestellte von ihm, 12 von der Stadt und 1 Polizist.

Und anders als den Politiker Sauerland kann die Bevölkerung den Hauptverantwortlichen, den Kapitalisten Schaller nicht mal abwählen. Denn diese Leute, die die Unternehmen besitzen und das Meiste in dieser Gesellschaft entscheiden, die mit ihrem Geld sogar die Meinungsbildung beeinflussen können, sind weder wählbar... noch verantwortlich.

## Wollen Sie uns erreichen?

**DAS ROTE TUCH -**  
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen  
**E-Mail:** das-rote-tuch@gmx.de  
**Telefon:** 0157 – 76493485